Präsident Juschtschenko zur Befragung beim Verfassungsgericht

28.03.2007

Gestern traf sich der Präsident zu einer Unterredung mit den Richtern des Verfassungsgerichtes. Er rief die Richter hierbei dazu auf, die Entscheidung, über die Begrenzung der Vollmachten der Flügel der Macht und der vorgezogenen Einschränkung der Vollmachten der Parlamentsabgeordneten, ohne Aufschub zu treffen. Der Meinung des Staatsoberhauptes nach führt das Fehlen dieser Entscheidungen dazu, dass "… zur Usurpation der Macht und der Revision der Ergebnisse der Wahlen.". Die Verfassungsrichter beabsichtigen ein ähnliches Treffen mit Vertretern des Parlaments und dem Premierminister durchzuführen.

Gestern traf sich der Präsident zu einer Unterredung mit den Richtern des Verfassungsgerichtes. Er rief die Richter hierbei dazu auf, die Entscheidung, über die Begrenzung der Vollmachten der Flügel der Macht und der vorgezogenen Einschränkung der Vollmachten der Parlamentsabgeordneten, ohne Aufschub zu treffen. Der Meinung des Staatsoberhauptes nach führt das Fehlen dieser Entscheidungen dazu, dass "… zur Usurpation der Macht und der Revision der Ergebnisse der Wahlen.". Die Verfassungsrichter beabsichtigen ein ähnliches Treffen mit Vertretern des Parlaments und dem Premierminister durchzuführen.

Der **Kommersant-Ukraine** berichtet, dass das gestrige Treffen des Präsident mit den Verfassungsrichtern vor dem Hintergrund des Protestes der Mitglieder der Parlamentskoalition stattfand. Wie der **Kommersant** weiter ausführt, beschuldigten Mitglieder der Kommunisten und der Partei der Regionen Juschtschenko im Versuch der Einflussnahme auf die Entscheidung der Richter und drohten mit einer Anzeige, wenn er versuchen sollte Druck auf die Richter auszuüben.

Wie es in dem Artikel weiter heißt, wurde die Entrüstung vom Sekretariat des Präsidenten gefördert, da um das Treffen eine Atmosphäre der Heimlichkeit aufgebaut wurde. So wurde noch am Montag von der Presseabteilung versichert, dass es kein Treffen geben wird.

Nichtsdestotrotz fand gestern gegen 9 Uhr morgens ein Treffen statt. So erklärte der Präsident: "Ich wollte meine Position, in Relation zu der politischen Situation, im Lande einbringen, da ihre Lösung in einem bestimmten Maße mit der Arbeit des Verfassungsgerichtes verbunden sein wird.". Weiter fuhr er fort: "Die sich schwieriger gestaltende Situation im Land, im politischen Sinne, kann nur als kritisch bezeichnet werden. Es liegt eine reale Tendenz zur Machtübernahme vor, die vom Wesen her, die begleitet ist von der politischen Revision der Ergebnisse der letzten Wahlen.". Auf diese Weise gab der Präsident zu verstehen, dass er in nächster Zeit eine konkrete Entscheidung, das Gesetz "Über das Ministerialkabinett" betreffend, erwartet. Damit verbunden ist die Frage über die Legitimität des Kabinettes Janukowitsch und die Möglichkeit der vorgezogenen Einschränkung der Vollmachten derjenigen Abgeordneten, welche individuell in die Regierungskoalition eingetreten sind.

Wie aus dem Text der Erklärung des Präsidenten, welcher auf der Website veröffentlicht wurde, hervorgeht, kritisiert Juschtschenko die Richter nicht dafür, dass innerhalb von acht Monaten der Arbeit keine Entscheidung von ihnen getroffen wurde. Er bittet nur, um die sofortige Einsichtnahme der Richter innerhalb eines Monats. Alle Schuld an der Handlungsunfähigkeit des Gerichts gab er gewissen "politischen Kräften". So erklärte er: "Heute, ist es für viele sehr angenehm, das Verfassungsgericht in handlungsunfähig zu sehen." Dabei gab er zu verstehen, dass er nicht beabsichtigt sich mit dieser Situation anzufreunden.

Die Antwort der Vertreter der Regierungskoalition auf die Äußerungen des Präsidenten ließ nicht lange auf sich warten. So äußerte sich Premier Janukowitsch, der sich zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel aufhielt, folgendermaßen: "Alle haben ein Interesse daran, dass das Konstitutionsgericht stabil und regelmäßig arbeitet, dass es zu seiner Zeit Entscheidungen trifft zu beliebigen Streitfragen, welche in unserem Lande aufkommen.".

Das Hauptergebnis des Treffens des Präsidenten mit den Verfassungsrichtern scheint darin zu bestehen, dass ersterer zustimmte, dass eine ähnliche Zusammenkunft mit Premier Janukowitsch und dem Parlamentssprecher Alexander Moros stattfindet. Über Termine wurde noch nichts bekannt.

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 536

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.